

Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

Gemeinsame Hilfeplanung Niedersachsen

Malte Spitzer, Präsident

Oldenburg, den 26.11.2013



Hilfeplanung - als ausgereiftes Konstrukt



Gesetzliche Grundlage

- § 53 SGB XII sieht für Personen mit Behinderung Teilhabe an der Gesellschaft durch Leistungen in Form der Eingliederungshilfe vor
- Besondere Aufgaben der Eingliederungshilfe (§ 53 Abs. 3 SGB XII)
 - Drohende Behinderung verhüten
 - Behinderungen oder deren Folgen beseitigen bzw. mildern
 - Die Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft eingliedern
- Entwicklung eines Gesamt-/Hilfeplans (§ 58 SGB XII)
- Ambulante Leistungen vor teilstationären vor stationären Leistungen (§ 13 SGB XII)



Definition von Hilfeplanung

(Quelle: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Bedarfsermittlung und Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, 2009)

„Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe soll basierend auf den Ergebnissen der Bedarfsermittlung für den Menschen mit Behinderung die **bestmögliche Anpassung der erforderlichen Leistungen** an seine Lebenssituation und seine für ihn **relevanten Teilhabeziele sicherstellen.**“





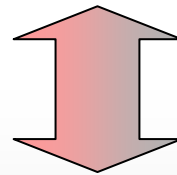
Hilfeplanung - Mehrwert

- Hilfeplanung als Rehabilitationsleistung in der Eingliederungshilfe
- Kooperativer, wechselseitiger Prozess zwischen den Beteiligten (Person mit Behinderung ggf. Vertrauensperson, Leistungsträger und Leistungserbringer)
- Analysiert die individuelle Situation des Behinderten, ermittelt Bedarfe und organisiert Leistungen zur Teilhabe
- Bindet den Menschen mit Behinderung intensiv in den Planungsprozess ein
- Erstellung eines Plans zu Leistungen und Zielen (Oberziel: Teilhabe am Leben in der Gesellschaft)
- Von der Angebotsorientierung zur Personenzentrierung



Inklusion – Indikatoren – z.B.

- 1) Von stationären Strukturen  zu **ambulanten Strukturen**
- 2) Von Sondereinrichtungen  zu **inklusive Regeleinrichtungen**
- 3) Steigerung der Übergänge aus der WfbM in den Arbeitsmarkt



Bedingungs Zusammenhang von Hilfeplanung und Inklusion!

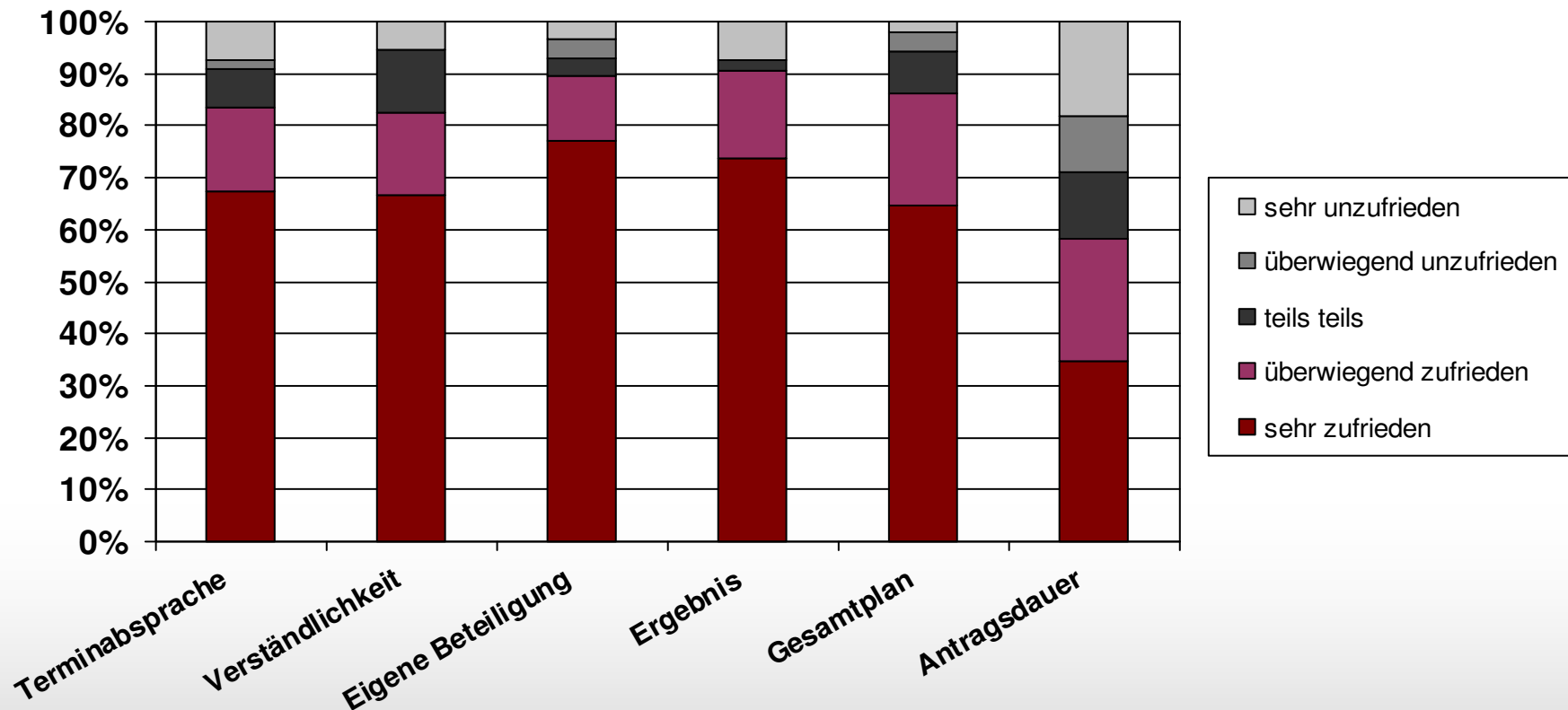


Hilfeplanung - messbar wirkungsvoll



Wesentliche Ergebnisse der Hamburger Evaluation zur Kundenzufriedenheit

(Quelle: Qualifiziertes Fallmanagement in der Hamburger Eingliederungshilfe, Evaluationsbericht 2009 – 2011)



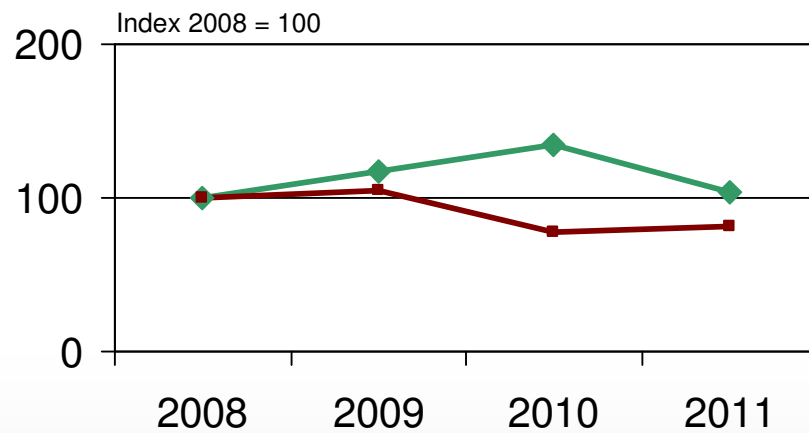


Entwicklung der Anzahl der Neufälle am Beispiel des LV Westfalen-Lippe

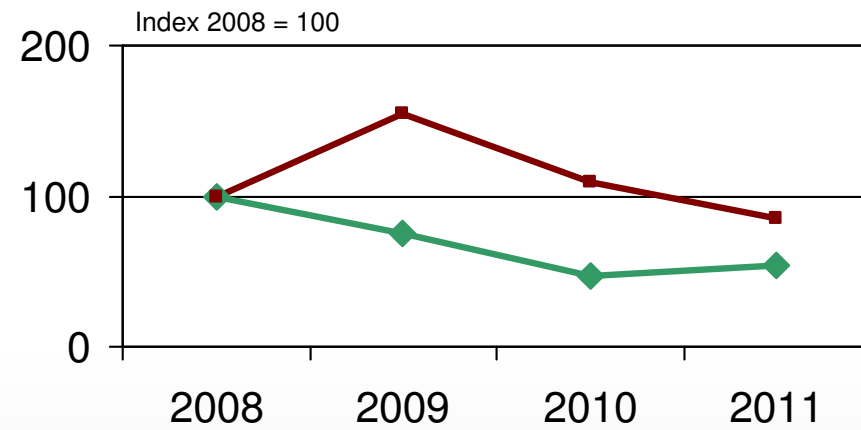
(Quelle: Bericht „Teilhabe 2012“, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 2012)

Von „stationär“ zu „ambulant“

Ambulantes Wohnen



Stationäres Wohnen

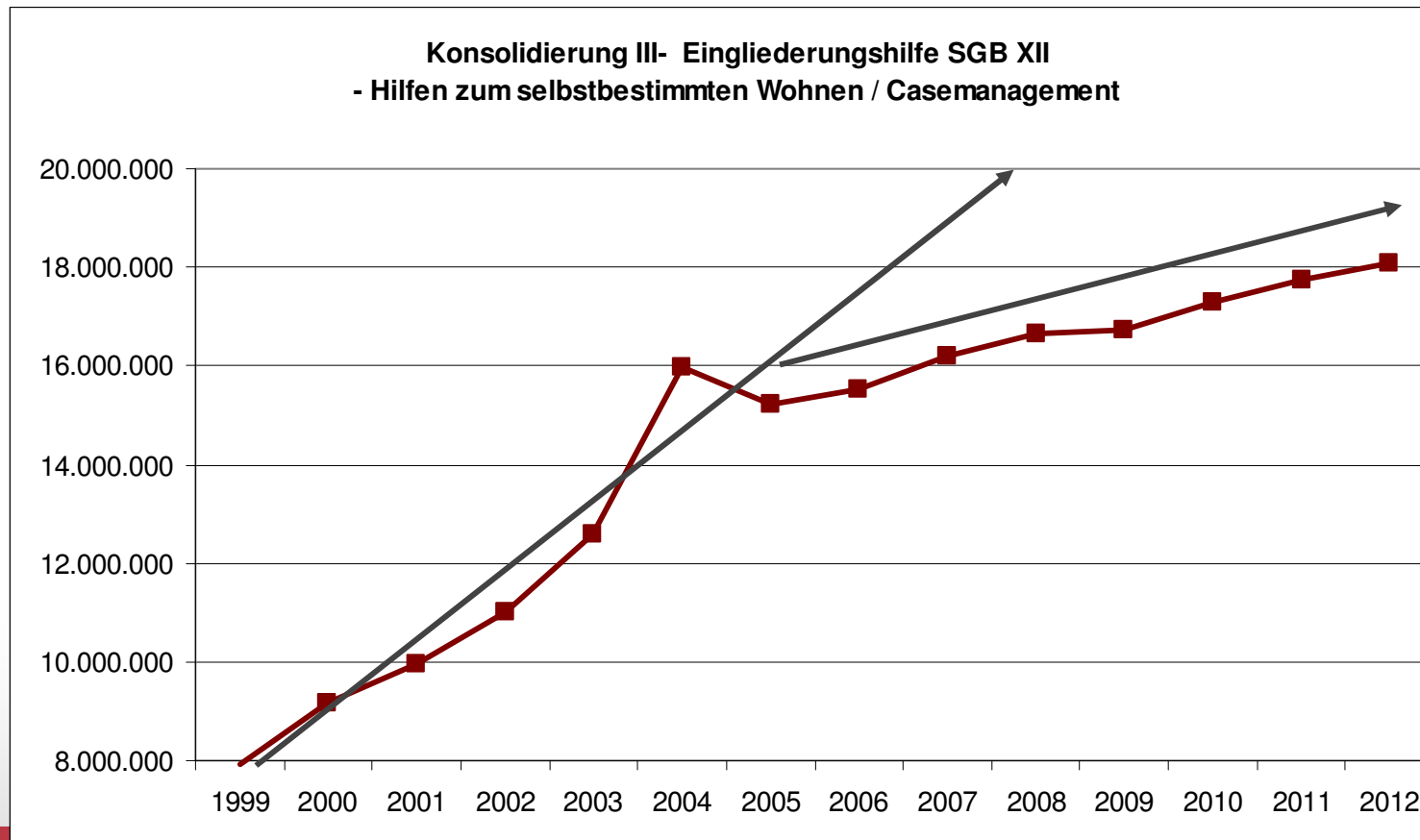


◆ Erprobungskommune (Anwendung des neuen Hilfeplanverfahrens)
■ Vergleichskommune



z.B. im Bereich der Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen

(Quelle: Kreis Dithmarschen)

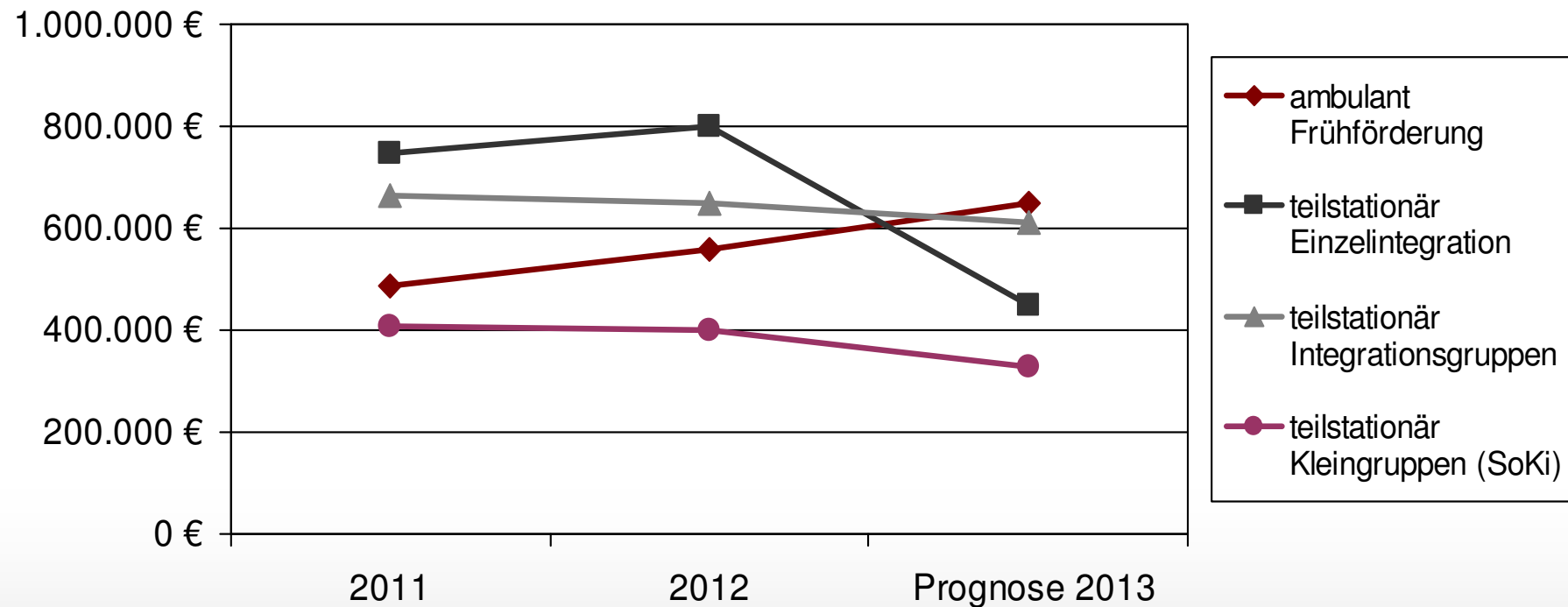


Malte Spitzer



z.B.: Hilfeplanung bei Kindern 3 – 6 Jahren

(Quelle: Kreis Dithmarschen, 2012)



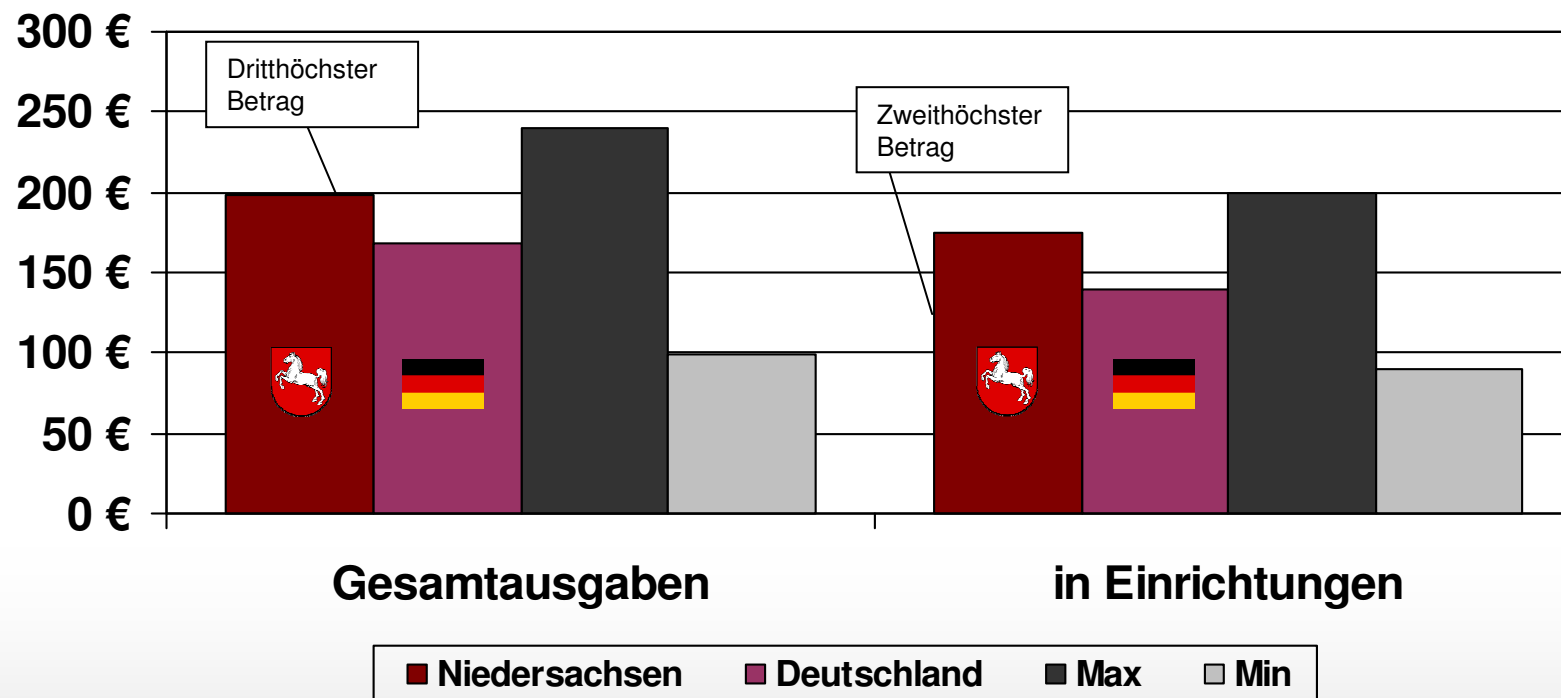


Trends in Niedersachsen



Nettoausgaben in der Eingliederungshilfe 2012 je Einwohner

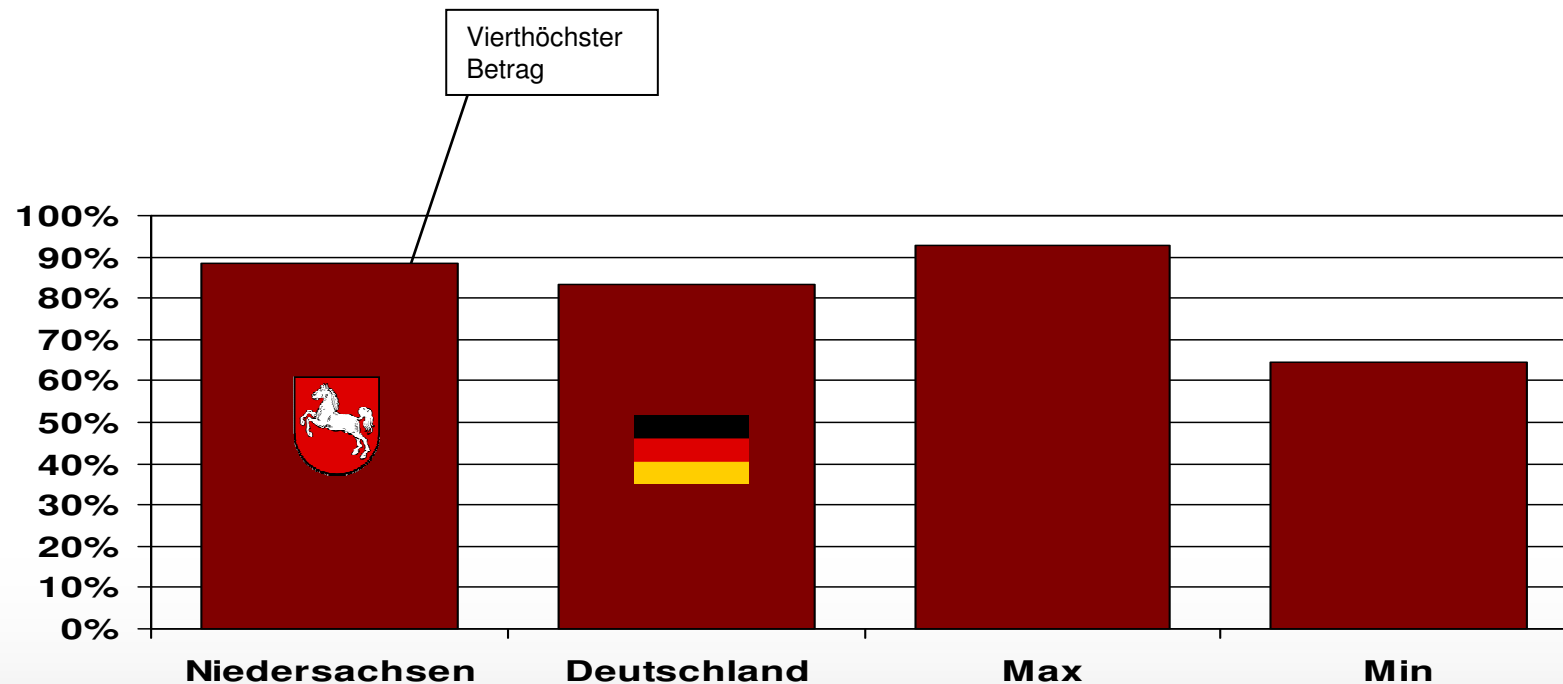
(Quelle: DESTATIS, Ausgaben der EGH 2012 & Bevölkerungsfortschreibung 2011)





Nettoausgaben 2012 - Anteil der Leistungen in Einrichtungen an den Gesamtausgaben

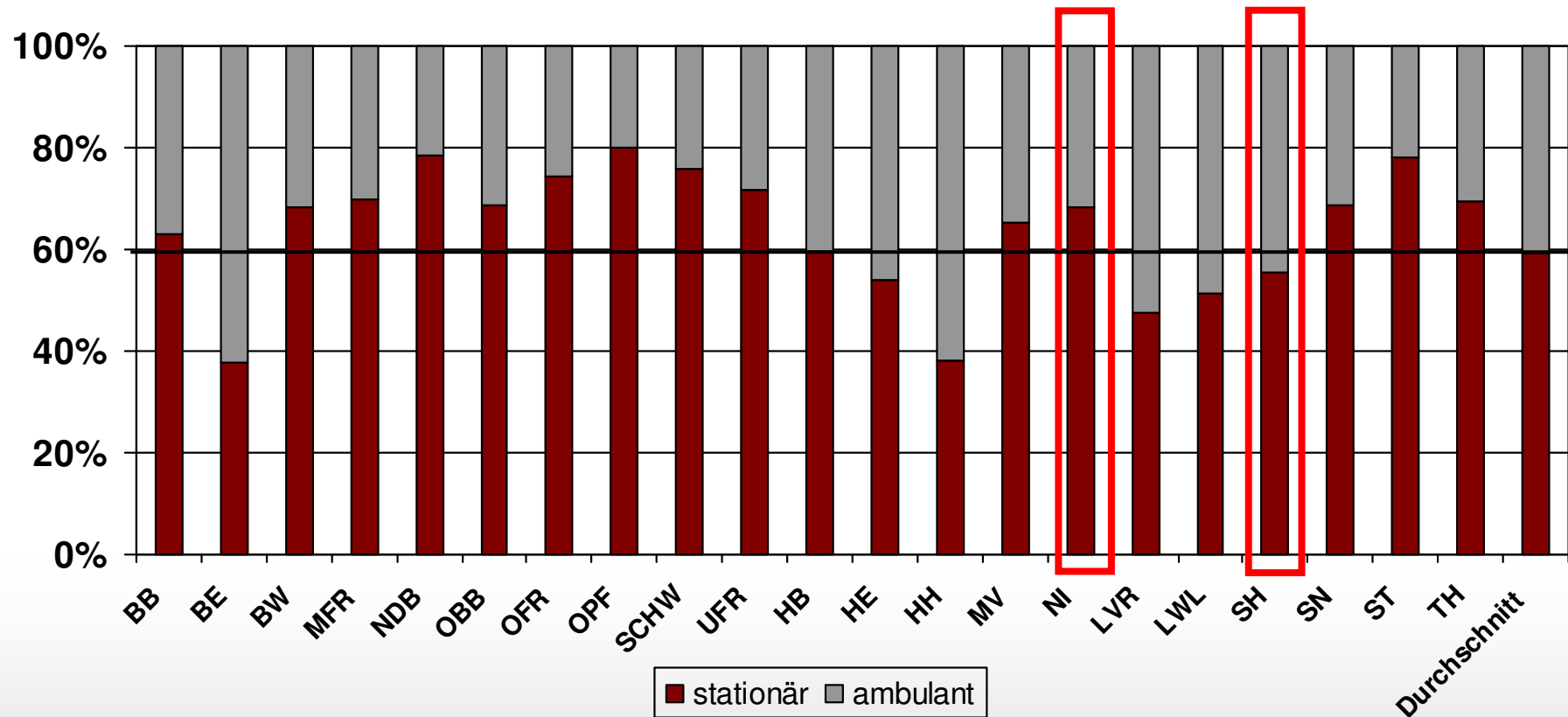
(Quelle: DESTATIS, Ausgaben der EGH 2012)





Leistungsberechtigte in 2011

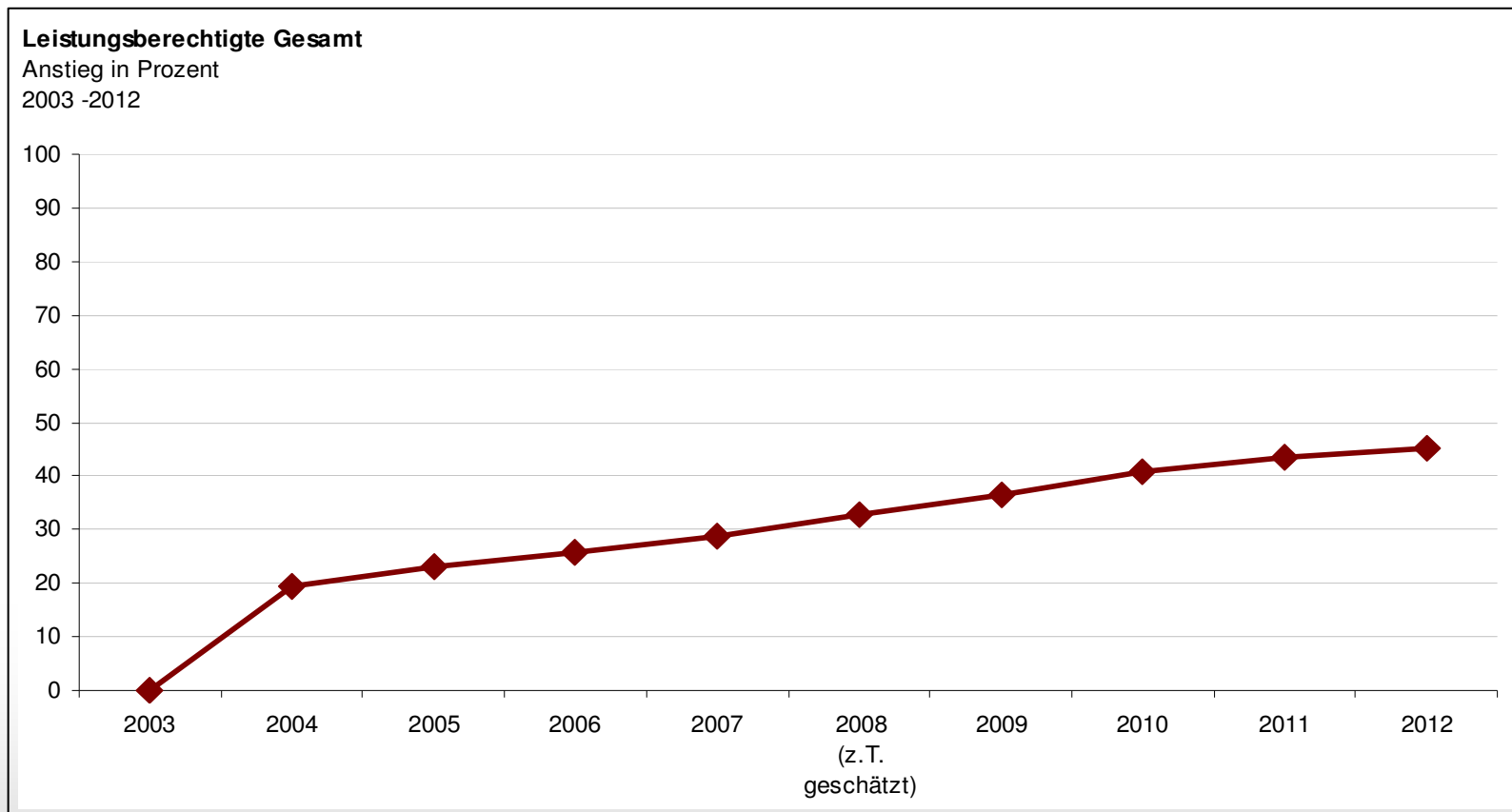
(Quelle: Werte aus dem Kennzahlenvergleich der überörtl. Träger der Sozialhilfe 2011, S. 43)





Leistungsberechtigte EGH

(Quelle: QuotaS, Nds. Kennzahlenvergleich)



Malte Spitzer



Hilfeplanung - Stand der Umsetzung






Ausgewählte Meilensteine in der nds. Umsetzung

11/1982	Erlass des MS, Erste Ansätze zur Hilfeplanung
1990	Konkretisierung allgemeiner Ausführungen inkl. der Verwendung der Formulierung "Erstellung des Gesamtplans"
1974	Verträge zur Kostenteilung von Sprachheilbehandlungen mit den nds. Krankenkassen (stationär)
1986	Verträge zur Kostenteilung von Sprachheilbehandlungen mit den nds. Krankenkassen (teilstationär)
10/1998	Fallkonferenz für seelisch behinderte Menschen Hannover/Celle
12/1999	Workshop des NLSZA mit örtlichen Trägern in Bredbeck
05/2000	Workshop des NLSZA mit örtlichen Trägern in Vechta, Bericht an MFAS
2002	Hilfeplanung Harburg
01/2004	Arbeitsgruppe zum Quotalen System
12/2004	Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse gegenüber den örtlichen Trägern Hildesheim
05/2007	Empfehlung des GA: Anwendung des 1. Leitfadens
06/2009	Empfehlung des Beirats: Anwendung des 2. Leitfadens
02/2010	Fachtagungen des MS mit dem Landesbeauftragtem für Menschen mit Behinderung, LAG, FW, örtlichen Trägern und LS
Seit 2010	Anhang zum Leitfaden sowie Generalisierung des Verfahrens



Empfohlene Personalschlüssel

(Quelle: Prüfungsmitteilung EGH, Landesrechnungshof Schleswig-Holstein, 2013, S. 75)

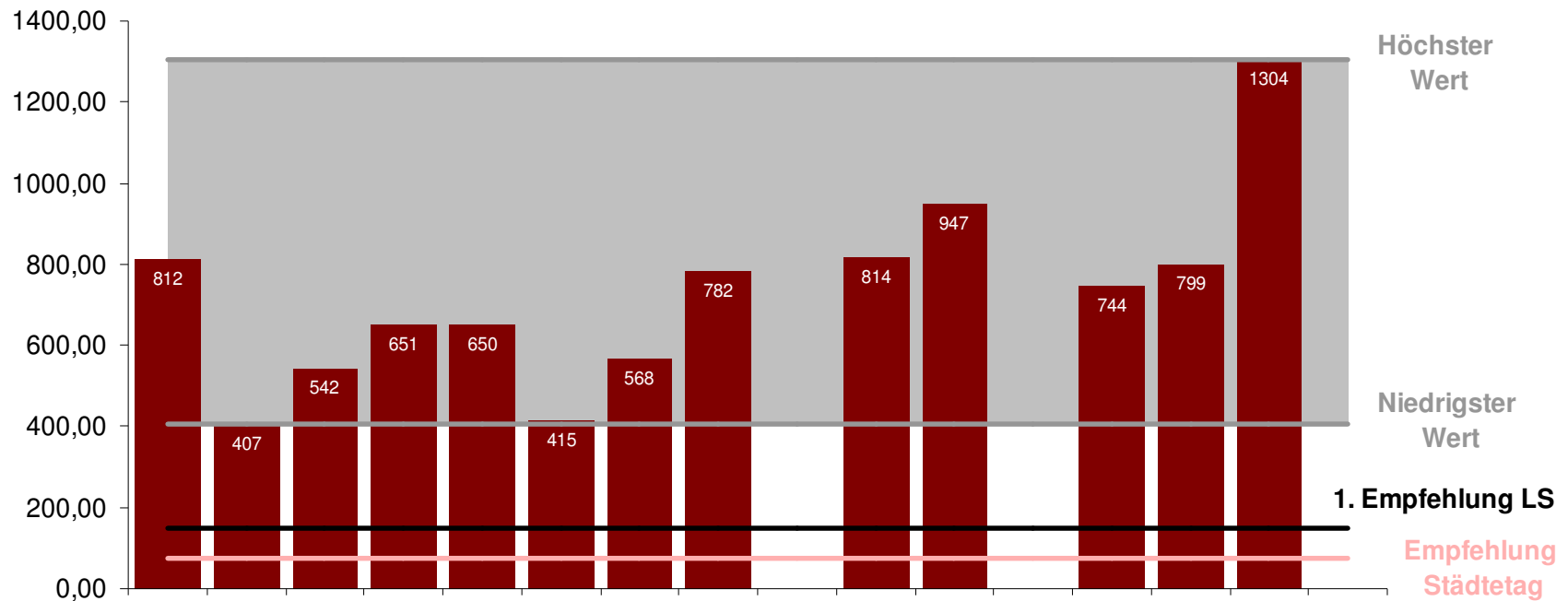
- 1 : 150  reine Sachbearbeitung
- 1 : 75  ausschließlich Hilfeplanung
- 1 : 50  Leistungssachbearbeitung mit verbundener Hilfeplanung



Personalschlüssel – Vergleich EGH für Menschen mit Behinderung

Personalschlüssel Sozialarbeiter/innen

Stand: 24.08.2012

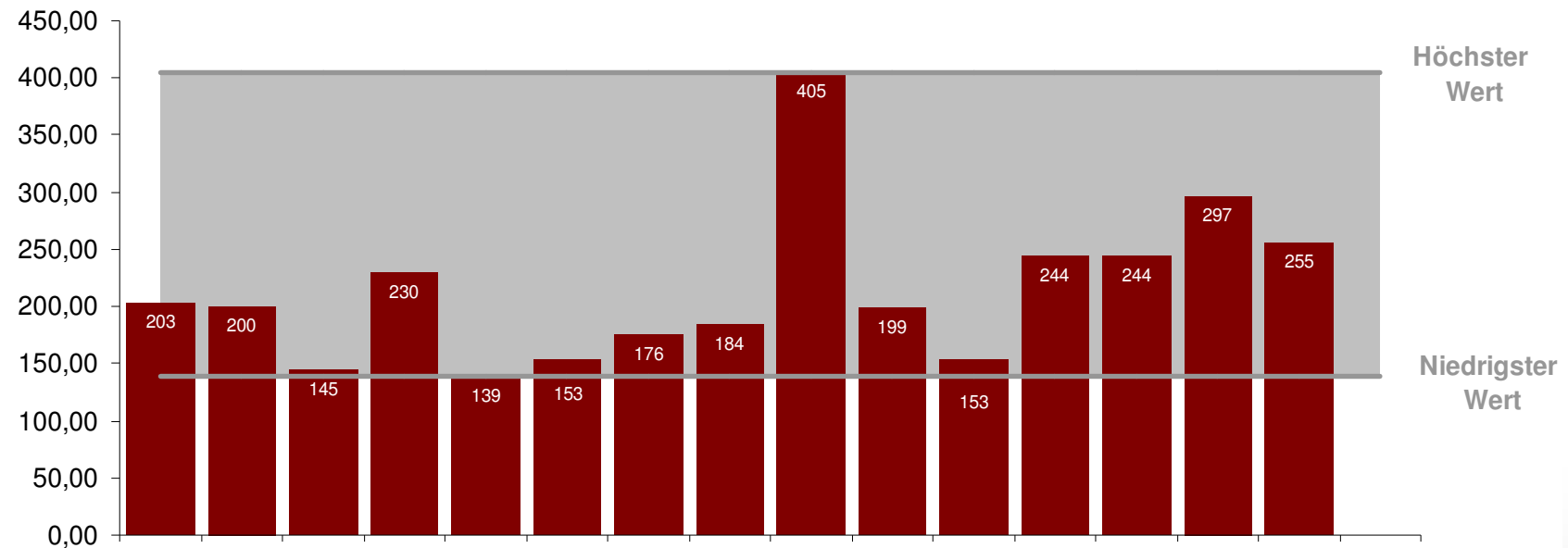




Personalschlüssel – Vergleich EGH für Menschen mit Behinderung

Personalschlüssel Verwaltungsmitarbeiter/innen

Stand: 24.08.2012



Malte Spitzer



Hilfeplanung – Kostenszenario für Nds.

	Landesweite kommunale Hilfelandschaft	
Aufgabe	Zusätzliches Personal	Zusätzliche Kosten (in Mio EUR p.a.)
Benchmarking	4,0	0,3
Sozialraumplanung / Teilhabeplanung	13,0	1,2
Hilfeplanung (inkl. Fachausschüsse)	rd. 600	41,5



Hilfeplanung in Niedersachsen – Trends (I)

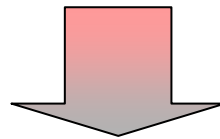
- Begriffliche Unschärfen (Hilfeplanung, Zielplanung, Förderplan, Teilhabeplan etc.)
- Hohe Varianz der kommunalen Hilfeplanungsmodelle
- Umsetzung der Hilfeplanung befindet sich in vielen Teilen Niedersachsens erst im Aufbau
- Fachpersonal – ausreichend?
- Einheitliche Umsetzung durch Verwendung des 2. Leitfadens zur individuellen Zielplanung wird empfohlen
 - nicht verbindlich
 - Tatsächliche einheitliche Umsetzung gestaltet sich schwierig



Hilfeplanung in Niedersachsen – Trends (II)

- Niedersächsisches Zuständigkeitsmodell der Kostenübernahme

Ambulante Maßnahmen → örtlicher Träger → 20 %
Stationäre Maßnahmen → überörtlicher Träger → 80 %



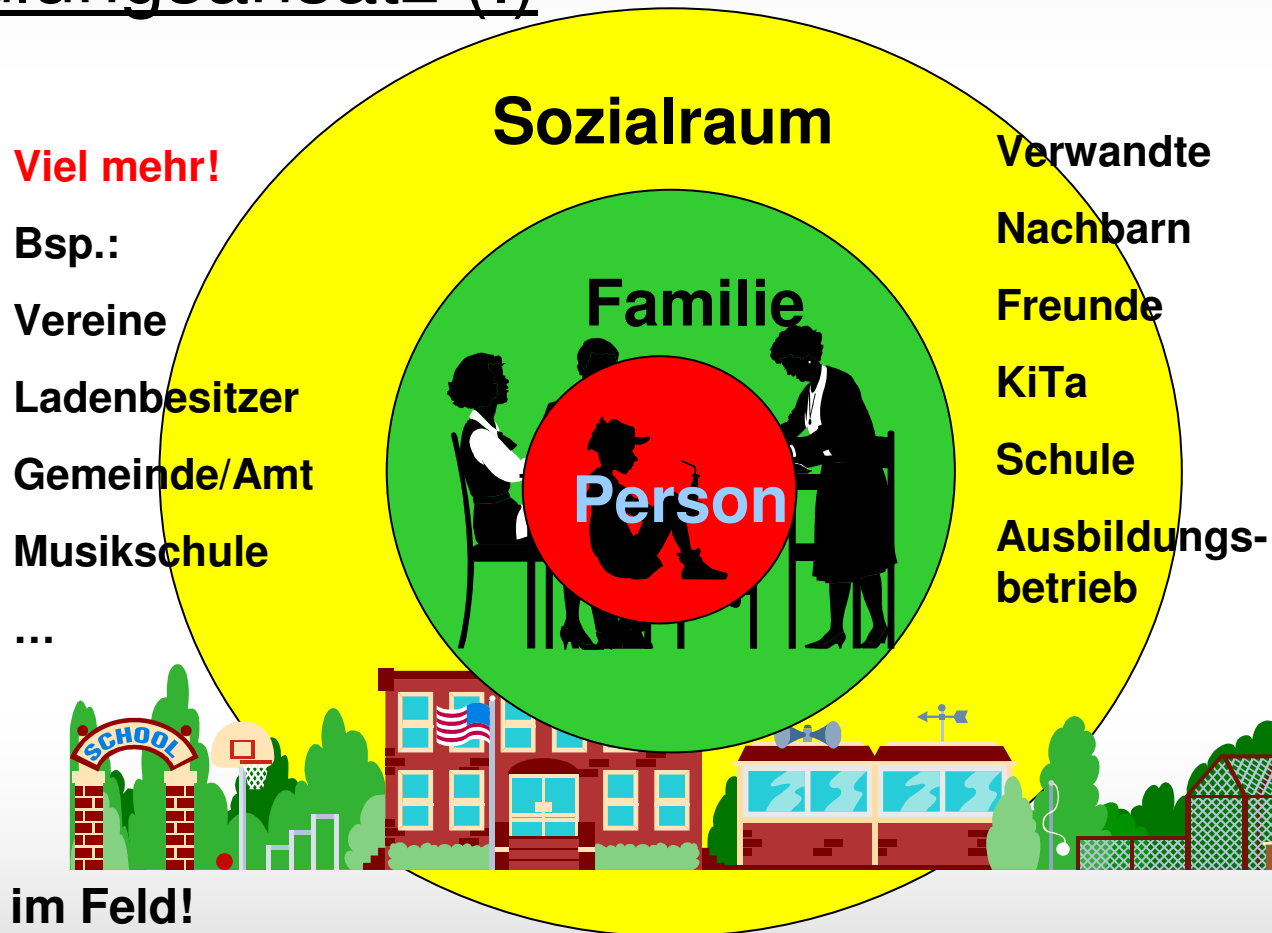
Zufriedenstellende Steuerungswirkung?



Hilfeplanung - als Wegbereiterin der Inklusion in Niedersachsen

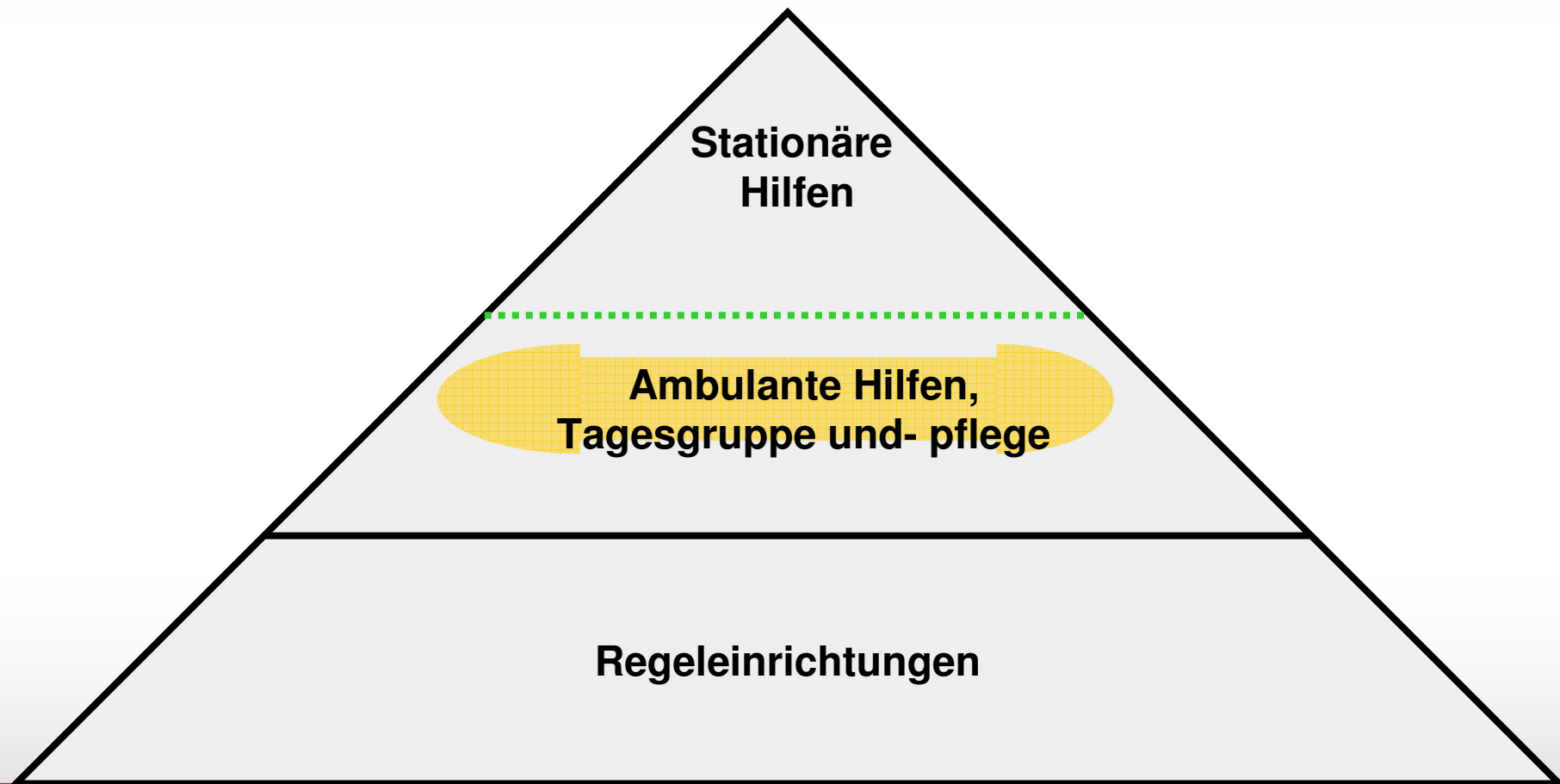


Sozialraumorientierung als inklusiver Handlungsansatz (I)





Sozialraumorientierung als inklusiver Handlungsansatz (II)



Malte Spitzer



Sozialraumorientierung als inklusiver Handlungsansatz (III)

Inklusionsorientierte Jugend- und Sozialhilfe im Sozialraum

- „Vom Fall zum Feld“
- Bürgernahe Jugend- und Sozialhilfe im Sozialraum
- Einmischende / “netzwerkende“ Jugend- und Sozialhilfe
- Regionsspezifische Handlungskonzepte
- Optimierte Kostensteuerung (durch Einbindung der Träger in die Finanzverantwortung)
- Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidungskompetenz



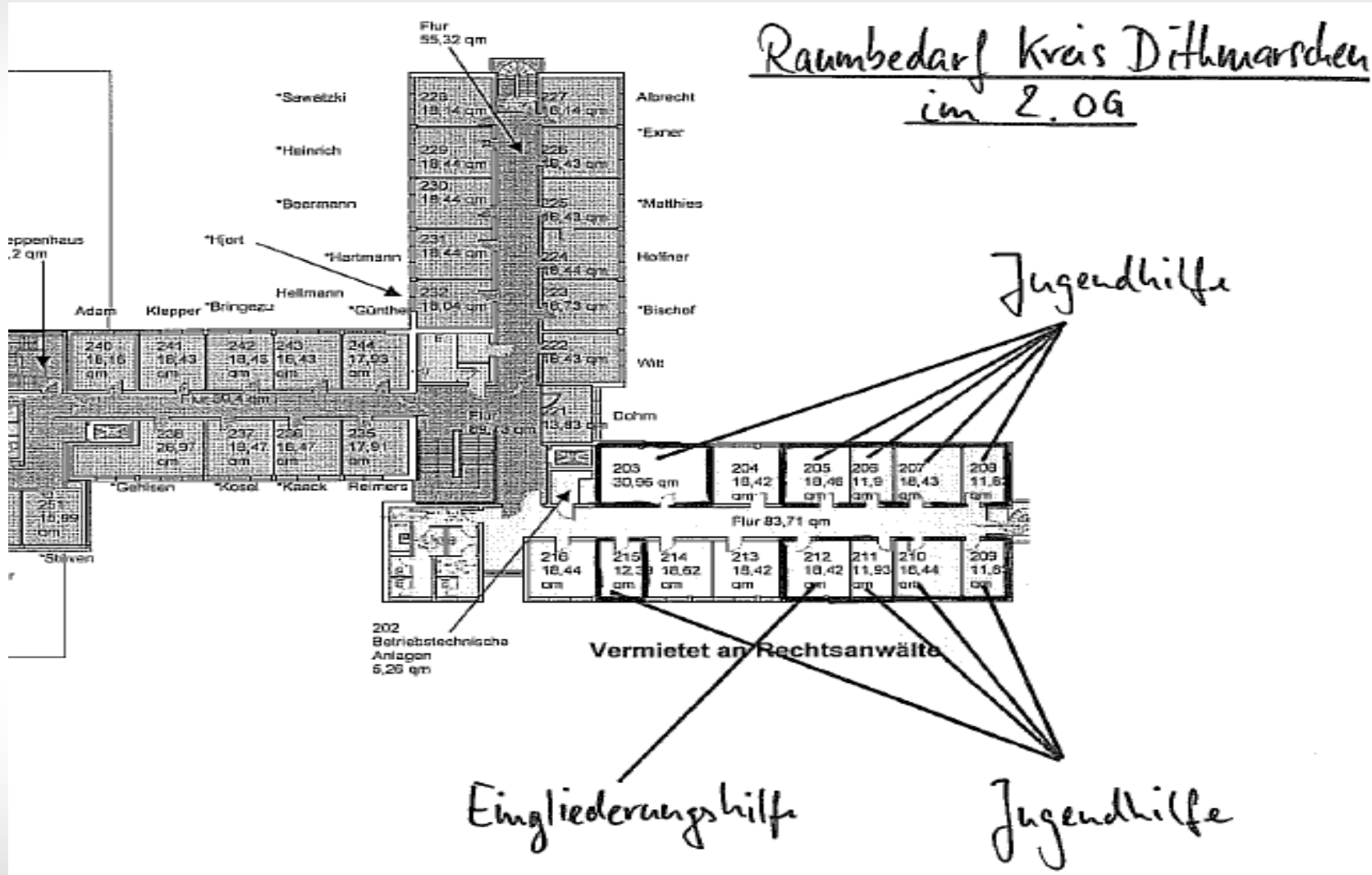
Hilfeplanung - als Brücke zwischen den Systemen



Hilfeplanung als Brücke zwischen den Systemen

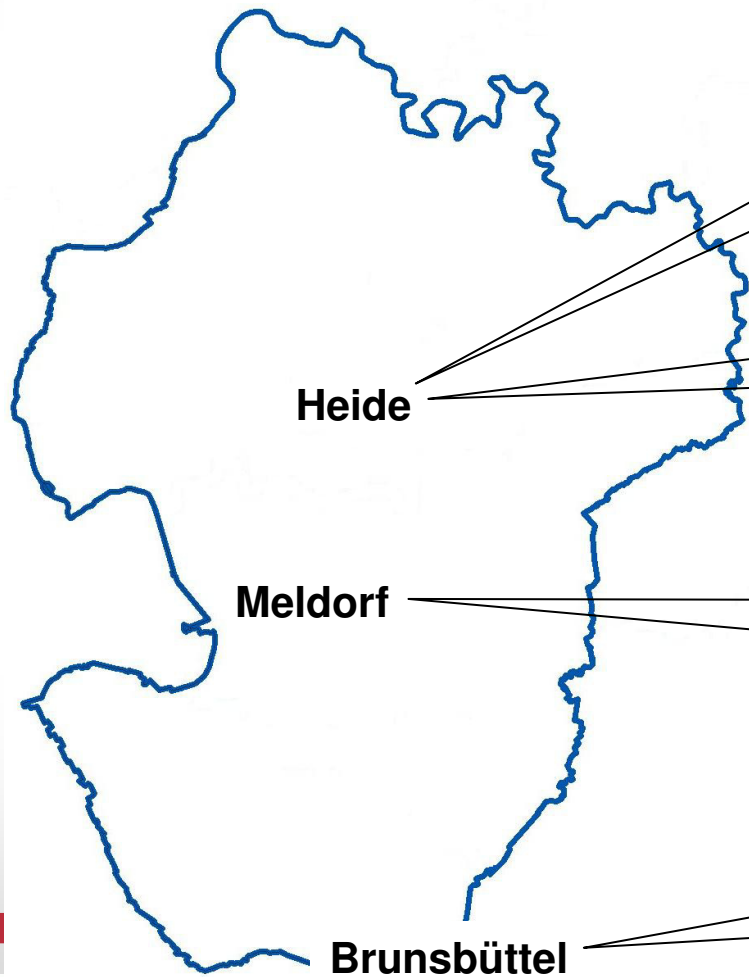
- z.B. SGB II, SGB III, SGB VIII







Standorte der Regionalzentren



Heide
Stadt



Heide
Umland



Mitte

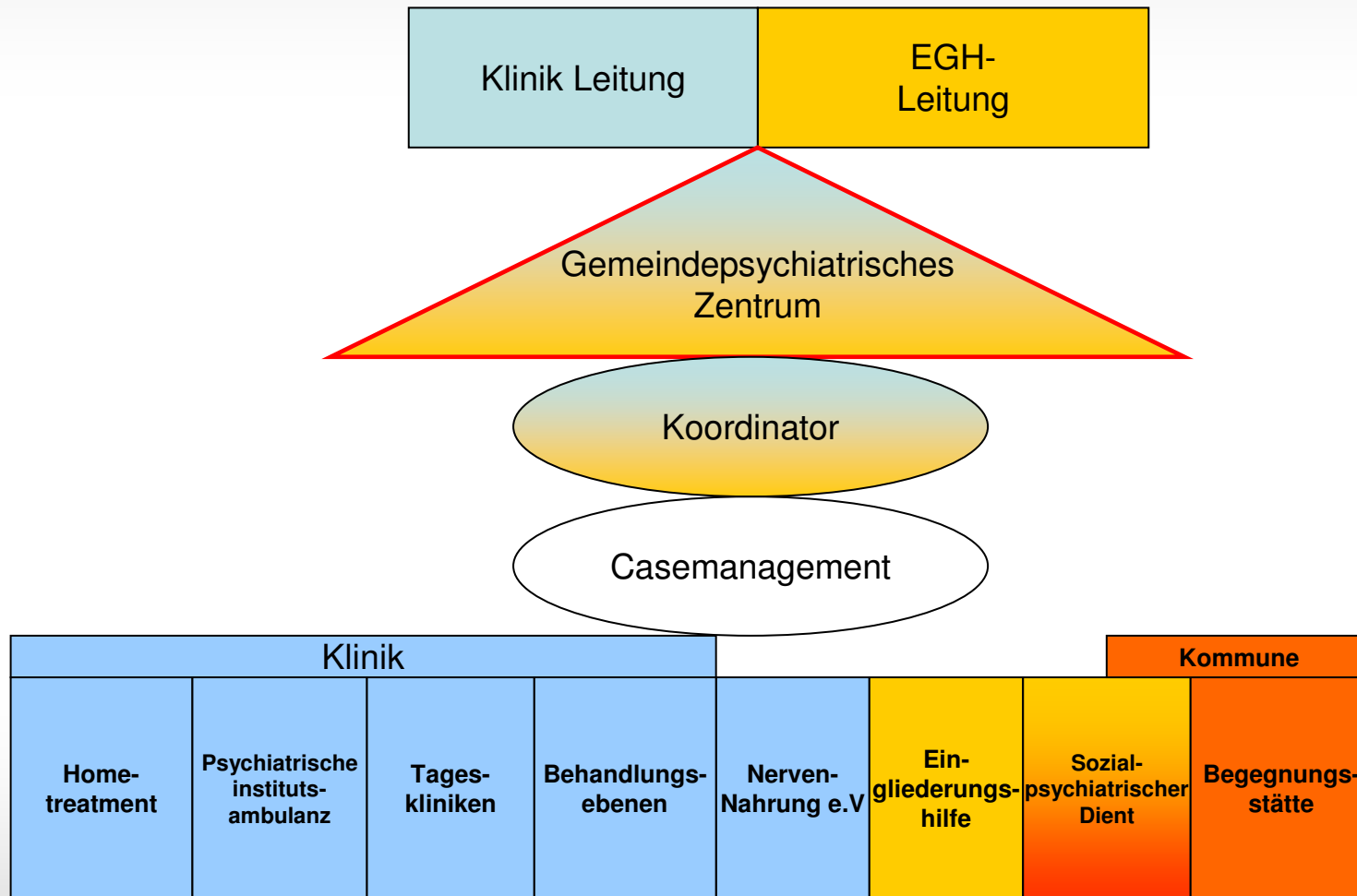


Süd

Malte Spitzer



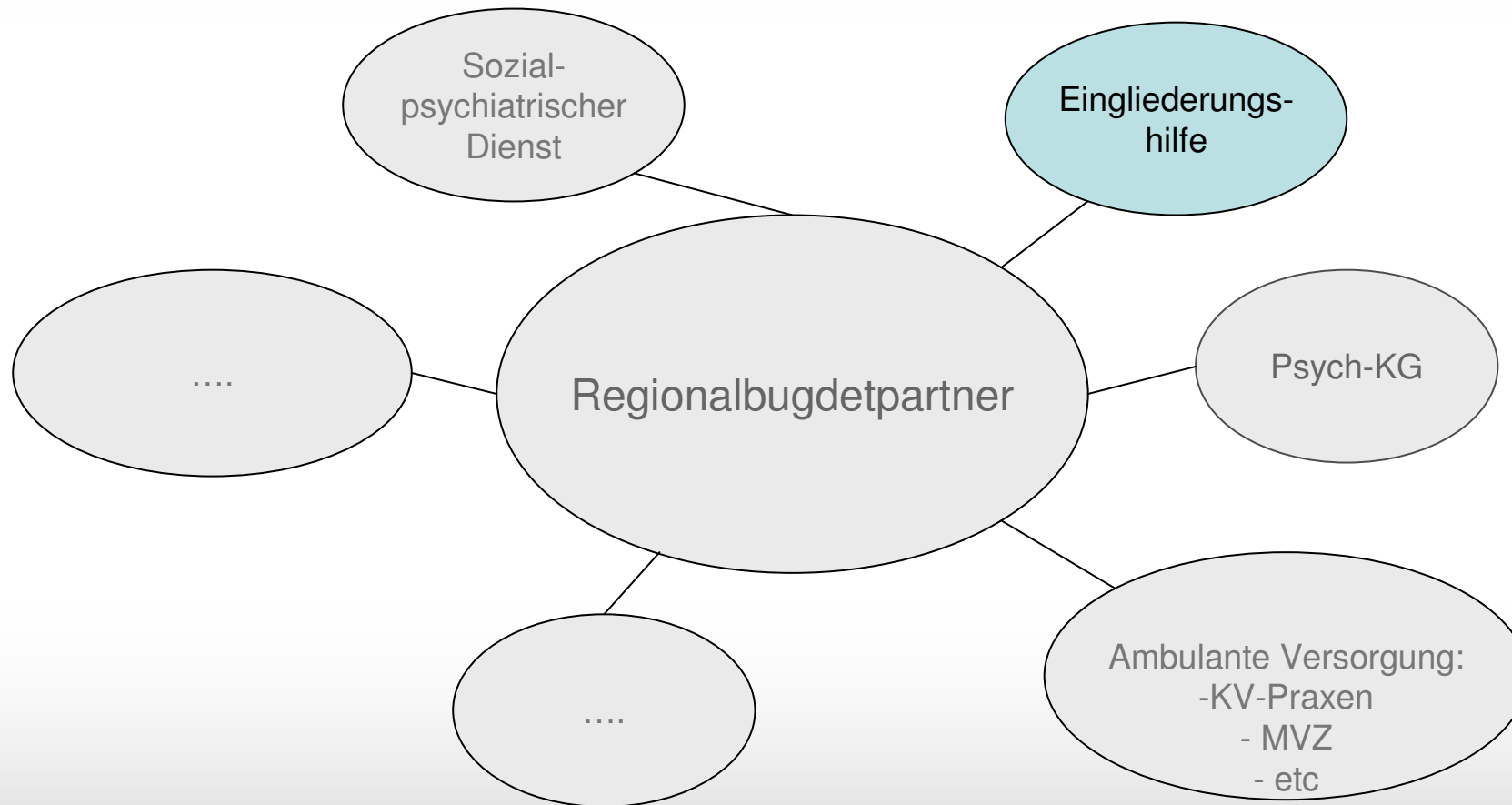
Gemeindepsychiatrisches Zentrum



Malte Spitzer



Regionalbudget Psychiatrie – sozialpsychiatrische Netzwerkarbeit





Kernaussagen:

1. Weg von der Krankenhausorientierten Therapie

- Ausschließliche Orientierung der Behandlungsmaßnahmen an den Bedürfnissen der Patienten
- Behandlungsort = Aufenthaltsort des Patienten

2. Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Patienten in der Therapie

3. Vernetzung in der Region

- Fließende Übergänge
- Umfassender therapieübergreifender Versorgungsauftrag für eine definierte Region

Resultate:

- Sinkende Belegung stationär
- Steigende Zahl der Patienten in der Tagesklinik



Hilfeplanung - Sozialplanung

SOZIALATLAS 2011

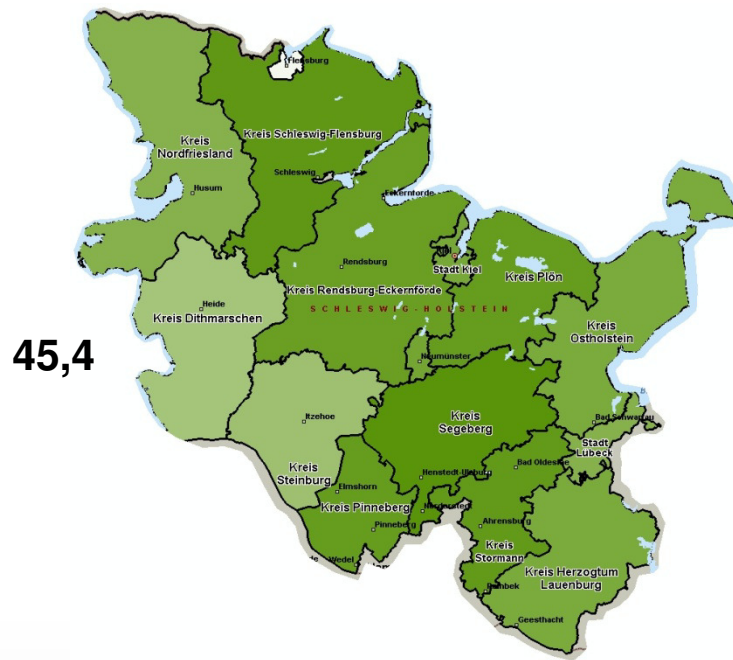


FD Zentrale Sozialdienste und Gesundheit
Jugendhilfe und Sozialplanung



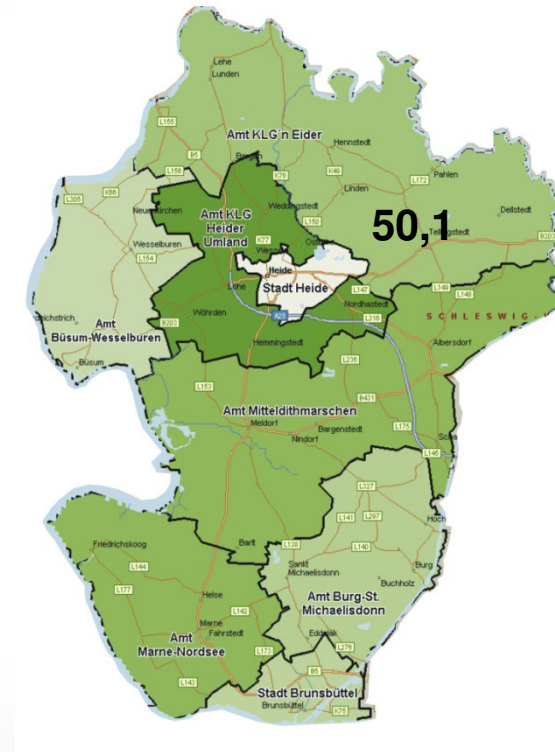
Ausgewählte Handlungsfelder

Jugendhilfe – Beistandschaften § 1712 BGB



45,4

Ø 25,6 pro
1000 EW 0- 27



50,1

Ø 42,1



Lokale Entwicklung – Sozialindikatoren Veränderungen

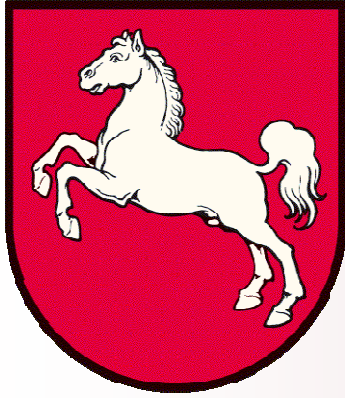
Indikator	2008	2010
Von Scheidung betroffene Kinder und Jgl.	105 %	95 %
Fremdunterbringungsquote §§ 33 u. 34 SGB VIII	160 %	154 %
Versorgungsquote KiTa und Tagespflege	104 %	111 %
Schulabgänger ohne Abschluss bzw. Förderabschluss	105 %	103 %
SGB II Bedarfsgemeinschaften	142 %	138 %
Jugendarbeitslosigkeit	179 %	156 %
Beistandschaften § 1712 BGB	187 %	185 %
Sorgerechtsentzüge § 1666 BGB	156 %	-/-
Unterhaltsvorschuss	-/-	119 %
SUMME	142 %	132 %



Hilfeplanung in Niedersachsen Fazit/Ausblick



- Gelungene Inklusion findet vor Ort – im Sozialraum – statt.
- Hilfeplanung ist der inklusive Zugang zur Teilhabe.
- Ohne flächendeckende Hilfeplanung keine nachhaltige Inklusion.
- Hilfeplanung ohne Sozialplanung bleibt planlos.
- Etablierung der Hilfeplanung unverzichtbares Instrument personenzentrierter und inklusiver Daseinvorsorge – d.h.
 - Ausbau der Hilfeplanung – Annäherung an Personalschlüssel
 - Hilfeplanung für alle Arbeitsbereiche
 - Stärkere Ausrichtung an einheitlichen Standards



Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit